

4

Thema des Tages

Handelsblatt

DIENSTAG, 17. AUGUST 2021, NR. 157



Szenen aus Kabul: Chaos in der Innenstadt, startender Jet, verängstigte Menschen.

Afghanistan

Grenzenlose Verzweiflung

Menschen, die der Bundeswehr geholfen haben, versuchen nun verzweifelt, den Taliban zu entkommen. Gleichsam kann eine künftige Zusammenarbeit zwischen europäischen Institutionen und den Islamisten kaum ausgeschlossen werden.

Mathias Brüggmann, Eva Fischer, Christoph Herwartz, Mathias Peer, Berlin, Brüssel, Bangkok

Noch während das Flugzeug startet, rennen dem Jet die Menschen hinterher. Augenzeugen berichteten, manche hätten sogar versucht, sich am Fahrgestell festzuklammern. Die Menschen, die am Montag auf den Flughafen von Kabul geströmt sind, haben nur ein Ziel: raus aus Afghanistan. Videos in sozialen Medien zeigen, wie etwas von einem fliegenden Flugzeug fällt, das gerade gestartet ist. Es handelt sich wohl um die Körper von Menschen. Ein Anwohner in Flughafennähe bestätigt, dass auf einem benachbarten Dach eine Person aufgeschlagen ist.

Die Bilder zeigen die grenzenlose Verzweiflung derjenigen, die jahrelang an einem neuen Afghanistan mitgearbeitet haben und sich deswegen nun von den Taliban mit dem Tode bedroht sehen. Hunderte oder Tausende dieser „Ortskräfte“, befinden sich aktuell wohl auf dem Flughafen in Kabul, Beschäftigte oder Auftragnehmer von Militärs, Botschaften oder zivilen Organisationen. Gleichzeitig wird das „Komplettversagen des Westens“ deutlich, wie es selbst manche Politiker ausdrücken, die vorher lange überzeugt waren vom Sinn des Afghanistan-Einsatzes.

Bewaffnete US-Soldaten bewachen derzeit den militärischen Teil des Flughafens. Von dort aus laufen die internationalen Evakuierungsmissionen. Sie sind derzeit die einzige Möglichkeit, von Kabul außer Landes zu kommen: Kommerzielle Linienflüge gibt es nicht mehr. Immer wieder kommt es zu Tumulten, auch dabei sterben wohl Menschen.

Der Ansturm auf die letzten Fluchtmöglichkeiten ist das Resultat massiver Ängste, die mit der Taliban-Herrschaft einhergehen. „Die Taliban sind seit Langem bekannt dafür, dass sie Zivilisten, die sie als Feinde sehen, töten und misshandeln“, sagt Patricia Gossman von Human Rights Watch.

Von einer „Schmach“ sprach Karl Lamers (CDU), Delegationsleiter der deutschen Mitglieder in der parlamentarischen Versammlung der Nato. Der Verteidigungsausschuss des Bundestags hätte darauf gedrungen, Ortskräfte auszufliegen. „Wir haben eigentlich Zeit genug gehabt und ich kann mir nicht erklären, warum das nicht längst geschehen ist. Ich muss sagen: Ich fasse es nicht“, sagt Lamers. Es gehe dabei nicht nur um direkte Partner der Bundeswehr, sondern auch um Zuarbeiter von Medien und der diplomatischen Vertretungen. „Die müssen alle in Sicherheit gebracht werden“, forderte Lamers. „Das sind mehr als 10.000 Menschen.“

10.000 ist auch die Zahl, die Kanzlerin Angela Merkel im CDU-Bundesvorstand nannte. Die Luftwaffe der Bundeswehr sollte einen Pendelverkehr von Kabul nach Taschkent in Usbekistan einrichten. Man wolle so viele Menschen wie möglich ausfliegen, sagte Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer. Sie sprach von der Notwendigkeit eines robusten Mandats für einen robusten Einsatz. Noch sichern auch Soldaten der US-Armee den Flughafen und bis zum Montagabend hatten die Taliban nicht versucht, das Gelände einzunehmen. Kramp-Karrenbauer sprach von einem „gefährlichen Einsatz“. Noch im Juni hatten CDU, CSU und SPD einen Antrag der Grünen im Bundestag abgelehnt, der die Aufnahme afghanischer Ortskräfte vorsah.

Menschen in Not

Afghanische Geflüchtete weltweit 2021

Iran*	3.380.000
Pakistan	1.434.455
Deutschland	271.805
Türkei	117.383
Großbritannien	79.000
Schweden (2020)	60.858
Niederlande (2014)	44.000
Österreich	42.150
Norwegen (2018)	16.300
Indien	15.217
Dänemark	13.240
Indonesien	7.602
Finnland (2020)	7.059
Malaysia	6.640
Tadschikistan	6.500
Katar (2019)	3.500 - 4.000
Rumänien	2.384

*Einschließlich Schätzungen der UNHCR zu unregistrierten Geflüchteten
Quellen: UNHCR, eigene Recherche

HANDELSBLATT

Lamers forderte, dass sich die Nato-Partner bei den Evakuierungsflügen gegenseitig unterstützen. Die Grünen-Außenpolitikerin Hannah Neumann sagte, der Flughafen müsse noch länger geschützt werden, um mehr Menschen die Ausreise zu ermöglichen. „Viele Menschen, selbst solche in Kabul, erreichen den Flughafen gar nicht“, sagte sie.

Taliban werden Gesprächspartner

Die Taliban bemühten sich indes darum, als möglichst harmlos wahrgenommen zu werden: „Das Leben, das Eigentum und die Ehre soll von niemandem Schaden nehmen“, teilte ein Sprecher der radikalislamischen Gruppierung mit. Die Kämpfer patrouillierten mit ihren mit Maschinengewehren ausgestatteten Pick-up-Trucks durch die 4,5 Millionen Einwohner große Metropole und richteten Kontrollposten ein. Waffen von Zivilisten konfiszierten sie mit der Begründung, die Menschen könnten sich nun sicher fühlen.

Der afghanisch-australische Medienunternehmer Saad Mohseni, dem mit der Moby Group das größte Medienunternehmen des Landes gehört, berichtete auf Twitter, dass Taliban-Kämpfer bei seinem Unternehmen vorstellig wurden. „Sie fragen nach unseren Waffen“, schrieb Mohseni. „Noch sind sie höflich.“ Eine Reporterin des US-Senders CNN berichtete noch live von den Checkpoints der Taliban und sprach mit ihnen.

Eine direkte Zusammenarbeit des Westens mit den Taliban ist nicht ausgeschlossen. „Auch eine neue Regierung in Afghanistan ist auf Finanzmittel der EU angewiesen“, sagte Europaparlamentarierin Neumann. „Wenn hier alle Mitgliedstaaten mit einer gemeinsamen Verhandlungsposition an einem Strang ziehen, können wir Einfluss nehmen.“

action press, dpa, REUTERS, Getty Images

Geopolitische Folgen

China sucht die Nähe der Taliban

Peking hat zwar Angst vor Islamisten, aber wirtschaftliche Megaprojekte locken an den Hindukusch.

Nur einen Tag nach der Machtübernahme der radikalislamischen Taliban-Miliz hat China die Aufnahme diplomatischer Kontakte zu den Fundamentalisten angekündigt. Man sei zu freundlichen Beziehungen mit der neuen Regierung bereit, teilte Chinas Außenministerium am Montag mit. Peking unterhält seit Langem Beziehungen zu den Taliban. Ende Juli empfing Chinas Außenminister Wang Yi öffentlichkeitswirksam Taliban-Führer Mullah Abdul Ghani Baradar.

Der unrühmliche Abzug des großen geopolitischen Konkurrenten USA und seiner Verbündeten aus Afghanistan ist für die Volksrepublik Chance und Risiko zugleich. Derzeit nehme China Afghanistan allerdings nicht als Chance wahr, „es geht fast ausschließlich um die Eindämmung von Bedrohungen“, sagt Außenpolitikexperte Andrew Small vom Thinktank European Council on Foreign Relations (ECFR).

Entsprechend scharf fiel die Kritik aus dem chinesischen Außenministerium am überstürzten Ende des Afghanistan-Einsatzes aus: Die USA hätten „ihre Verantwortung und ihre Verpflichtungen verletzt. Sie hinterlassen Unordnung und Aufruhr für das afghanische Volk und die angrenzenden Länder.“

Afghanistan grenzt an die westchinesische Provinz Xinjiang, deren muslimische Bevölkerung der Uiguren von China mit aller Gewalt unterdrückt wird. Die chinesische Staatsführung sorge sich jedoch weniger über Unruhen in Xinjiang, sondern dass der „Erfolg der Taliban in Afghanistan militante islamistische Kräfte in der gesamten Region beflügeln könnte, einschließlich der pakistanischen Taliban“, erklärt Small. Auch sei die Bedrohung für chinesische Projekte in der Region, vor allem im benachbarten Pakistan, gestiegen.

Während Peking die pakistanischen Taliban als Terroristen einstuft, befindet sich die chinesische Regierung seit Jahrzehnten im Dialog mit den afghanischen Taliban, seit diese 1996 bis 2001 in Afghanistan regierten. Trotz aller Abneigung gegen deren religiösen Extremismus versucht sie mit dem Lockmittel Investitionen, die Gruppierung an sich zu binden, um eine weitere Destabilisierung der Region zu ihren Ungunsten zu verhindern und gleichzeitig wirtschaftliche Chancen zu eröffnen. So versicherten Vertreter der Taliban jüngst, sie ließen nicht zu, dass irgendeine Kraft afghanisches Territorium für Handlungen nutze, die China schaden, und ermunterten die Volksrepublik zu weiteren Investitionen im Land. China verfügt bereits über die größten Rohstofflizenzen in Afghanistan. Aufgrund der instabilen politischen Situation liegen die Förderprojekte jedoch seit Jahren brach. Sabine Gusbeth

Wettlauf um Rohstoffe in Afghanistan ▶ 8



Abdul Ghani Baradar, Wang Yi: Gespräche zwischen Taliban-Führer und chinesischem Außenminister.



Armin Laschet, Annalena Baerbock mit Joschka Fischer: Afghanistan wird zum Wahlkampfthema.

Wahlkampf

Die Schuldfrage

Das Afghanistan-Debakel wird zum Thema im Wahlkampf. Die Opposition macht der Regierung Vorwürfe, Union und SPD kritisieren sich gegenseitig.

Daniel Delhaes, Jan Hildebrand, Silke Kersting, Dietmar Neuerer
Berlin

Eigentlich wollte Armin Laschet (CDU) mit den Parteivorderen beraten, wie die CDU endlich im Wahlkampf durchstarten kann. Ein gemeinsamer Auftritt mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) am kommenden Samstag sollte besprochen werden. Doch in den Sitzungen von Präsidium und Bundesvorstand am Montag dominierte nur ein Thema: der Siegeszug der militant-islamistischen Taliban in Afghanistan.

„Wir erleben bittere Stunden“, sagte die Kanzlerin laut Teilnehmern in der Präsidiumssitzung. Man müsse sich nun auf die „Rettung“ der Menschen vor Ort konzentrieren. Laschet forderte die „Luftbrücke“ der Bundeswehr so lange wie möglich aufrechtzuerhalten.

Mit dem Eroberungsfeldzug der Taliban erlebt der Bundestagswahlkampf nach der Flutkatastrophe erneut eine thematische Wende. Auch wenn alle Beteiligten betonten, aufgrund der Ereignisse in Kabul die Parteipolitik zurückzustellen: Eine solch dramatische Krise ist eineinhalb Monate vor dem Urnengang zwangsläufig ein Thema im Wahlkampf.

Union und SPD, Außen- und Verteidigungsministerium machen sich gegenseitig Vorhaltungen wegen der falschen Lageeinschätzung. Die Opposition kritisiert die Bundesregierung dafür, nicht früher mehr Menschen aus Afghanistan herausgeholt zu haben. Gleichzeitig wird die politisch heikle Frage diskutiert, wie Deutschland im Falle steigender Flüchtlingszahlen aus Afghanistan reagieren sollte.

Ob sich das auf die Stimmungslage im Land auswirkt, ist offen. Wie unberechenbar ein Bundestagswahlkampf

verläuft, zeigte sich ganz ähnlich vor 19 Jahren. Im Sommer 2002 lag Gerhard Schröder als Kanzler der rot-grünen Koalition in den Umfragen hoffnungslos zurück. Die Wirtschaft und die hohe Zahl der Arbeitslosen waren das bestimmende Thema – allesamt Bereiche, bei denen die Wähler CDU und CSU traditionell für kompetent halten. Edmund Stoiber schien der erste Bundeskanzler der CSU werden zu können. Doch dann kamen zwei große Themen, die alles andere in den Schatten stellten: der Irak-Krieg und das Elbhochwasser. Die SPD startete mit der Absage an den Irak-Feldzug eine Aufholjagd. Am Ende reichte es noch einmal für Rot-Grün, wenn auch nur knapp.



Wir brauchen einen geordneten Schutz für die, die Richtung Europa streben.

Armin Laschet
Kanzlerkandidat der Union

Der Afghanistan-Krieg begleitet Merkel ihre gesamte Amtszeit. Wenn sich bei den Deutschen nun die Einschätzung durchsetzt, dass der Bundeswehreinsatz umsonst war, wäre das auch ihr politisches Erbe. Was die CDU-Vorderen von der Kanzlerin am Montag hörten, klang zumindest wie das Eingeständnis eines Scheiterns: Man habe ein Land mit demokratischen Strukturen aufbauen wollen, so Merkel, „das ist nicht gelungen“. Es habe keine Bindung der afghanischen Streitkräfte zum Volk gegeben. Und so

wurde die Armee von den Taliban einfach überrannt. Und das viel schneller, als die Bundesregierung dachte. Sie wirkte schlecht vorbereitet und muss sich nun scharfe Kritik anhören.

Die kommt unter anderem von den Grünen. Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock trat am Montag gemeinsam mit dem Grünen-Urgestein und früheren Bundesaußenminister Joschka Fischer auf. Fischer war deutscher Außenminister, als nach den Anschlägen vom 11. September 2001 westliche Truppen in Afghanistan einmarschierten und die Taliban entmachteten.

Fischer sprach von einer „großen, großen Tragödie“. Im Laufe der Jahre seien viele Fehler gemacht worden. Der große finale Fehler sei aber der überraschende Abzug der Truppen aus Afghanistan gewesen. „Keine Verhandlungslösung, sondern: Wir packen ein und gehen“, sagte Fischer. Es bedrücke ihn, „wie kalt wir die Menschen zurückgelassen haben, die für unsere Soldaten, unsere Hilfsorganisationen gearbeitet haben“.

Baerbock rief die Bundesregierung erneut zu schnellem Handeln auf, um Ortskräfte der EU-Mission in Sicherheit zu bringen. Sie erinnerte daran, dass die Grünen vor dem Beginn der Sommerpause im Bundestag beantragt haben, Menschen zu evakuieren. „Das ist nicht getan worden, man hat es einfach negiert.“ Jetzt gehe es um Stunden und um Tage.

Union und SPD stimmten im Juni gegen den Antrag der Grünen. „Es war ein großer und gravierender Fehler, den Antrag der Grünen – aus Prinzip – abzulehnen“, schrieb der CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter nun selbstkritisch auf Twitter.

In den vergangenen Wochen wurden rund 2000 afghanische Ortskräfte nach Deutschland geholt. Weitere sol-

Getty Images, image images/Winfried Mausolf



len folgen. Merkel umriss im CDU-Bundesvorstand nach Angaben von Teilnehmern die Dimension der Evakuierungsmission der Bundeswehr. Sie sprach demnach von rund 10.000 Personen, die Deutschland aus Afghanistan evakuieren wolle. „Wir evakuieren nun in Zusammenarbeit mit den USA die Menschen. Ohne die Hilfe der Amerikaner könnten wir so einen Einsatz nicht machen“, wurde die Kanzlerin zitiert.

Der Vorwurf, zu spät und zögerlich zu agieren, haftet allerdings an der Bundesregierung. Selbst der Kanzlerkandidat der Union ließ Kritik durchblicken. Laschet sagte, die Hilfsaktion sei „längst überfällig“. Die dramatischen Szenen aus Kabul könnten jedenfalls auch in Deutschland die Kritik verstärken.

Streit in der Großen Koalition

Auch innerhalb der Großen Koalition streitet man über die Schuldfrage. Die SPD zielt auf Merkel und Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU). Die Union kritisiert vor allem Außenminister Heiko Maas (SPD). Nach Informationen des „ARD-Hauptstadtstudios“ hat die deutsche Botschaft in Kabul schon seit längerer Zeit vor der Gefahr für ihre Mitarbeiter gewarnt. Vize-Botschafter Hendrik van Thiel hatte in seinem Lagebericht am Freitag geschrieben, dass trotz „dringender Appelle der Botschaft über längere Zeit erst in dieser Woche Abhilfe geschaffen“ worden sei, so der Bericht. Das Auswärtige Amt habe lange Zeit nicht reagiert. „Wenn das an irgendeiner Stelle diesmal schiefgehen sollte, so wäre dies vermeidbar gewesen“, schrieb der Diplomat demnach weiter.

Laschet betonte zwar öffentlich, dass nun die Zeit der Rettung sei und nicht um über Fehler zu sprechen. In den CDU-Gremien wurde aber scharfe Kritik an Maas geäußert. Kramp-Karrenbauer machte der SPD insgesamt Vorwürfe. Der Einsatz der Bundeswehr benötige ein Mandat, dies wolle die SPD aus Sorge um die Einigkeit in der Partei verhindern, wurde Kramp-Karrenbauer zitiert. Die Debatte über ein Mandat habe aber nichts aufgehalten, alle Vorbereitungen für die Evakuierung seien weitergelaufen. Dies ha-

be sie Vizkanzler Olaf Scholz (SPD) zweimal gesagt. Dass die SPD nun trotzdem Vorwürfe streue, zeige auch „Bösartigkeit“.

Dass sich die Große Koalition mit solch Streitereien einen Gefallen tut, kann man allerdings bezweifeln. Der Berliner Politikwissenschaftler Oskar Niedermayer rechnet damit, dass die Fehler der Bundesregierung bei der Einschätzung der Lage in Afghanistan den Regierungsparteien im Bundestagswahlkampf schaden werden. Dass jetzt sowohl Laschet als auch führende SPD-Politiker „den Kreis der Auszufliegenden noch stark erweitern wollen, obwohl die Zeit schon viel zu knapp ist, zeugt eher von Hilflosigkeit als von funktionierendem Krisenmanagement und wird beiden Regierungsparteien im Wahlkampf nicht nützen“, sagte Niedermayer.

Da die Grünen noch viel weiter gehende Forderungen stellen, erwartet Niedermayer, dass die „gesellschaftliche und politische Polarisierung zunehmen“ werde. Zudem werde ein erneutes starkes Ansteigen der Flüchtlingszahlen „der AfD das lang ersehnte Wahlkampfthema liefern“.

Erinnerungen an das Jahr 2015

Die Union selbst weckt Erinnerungen an die Flüchtlingskrise. „2015 soll sich nicht wiederholen“, erklärte Laschet – und wurde dafür umgehend kritisiert, unter anderem von den Grünen, die das als Kritik an der damaligen Flüchtlingspolitik der Kanzlerin deuteten. Laschet betonte, dass er als Fehler im Jahr 2015 vor allem die ausbleibende Hilfe für Flüchtlinge in den syrischen Nachbarländern meinte. Das soll nun besser organisiert werden, darin sind sich Merkel und Laschet einig.

Die Kanzlerin machte im CDU-Präsidium klar, wie wichtig es sei, die Nachbarländer Afghanistans sowie die gesamte Region zu unterstützen. Inwieweit Menschen Afghanistan verlassen könnten, werde aber abhängig von den Taliban sein. Laschet forderte, die EU müsse sich auf Flüchtlingsbewegungen Richtung Europa vorbereiten. Diesmal müsse rechtzeitig in der Region und in den Herkunftsländern Hilfe geleistet werden. Laschet: „Wir brauchen einen geordneten Schutz für die, die Richtung Europa streben.“

Nachgefragt

„Der Westen muss mit den Taliban reden“

Markus Kaim, Afghanistan-Experte bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, warnt davor, dem Land den Rücken zu kehren. Nur durch Verhandlungen ließen sich Terrorgefahren und Flüchtlingsströme abwenden.

Herr Kaim, als der Westen unter der Führung der USA vor 20 Jahren in Afghanistan militärisch eingriff, ging es vor allem darum, die Terrorgefahr durch al-Qaida zu bannen. Droht uns nun eine neue Terrorwelle vom Hindukusch?

Nein, eine unmittelbare Terrorgefahr aus Afghanistan sehe ich nicht. Nach Einschätzung der US-Geheimdienste bräuhete eine Terrororganisation wie al-Qaida zwei Jahre, um in der Lage zu sein, von dort aus wieder Anschläge auf westliche Metropolen auszuführen. Außerdem: Der Westen verabschiedet sich jetzt zwar von der Idee, in Afghanistan einen demokratischen Staat aufzubauen. Wir wenden uns aber nicht von der Terrorbekämpfung ab.

Wie soll das aussehen?

Die USA verhandeln bereits über Flugbasen in der Region zum Beispiel in Pakistan und werden auch ihre Flugzeugträger für Luftschläge nutzen. Man wird den Terror also weiter bekämpfen, aber mit anderen Mitteln.

Müsste sich auch Deutschland an dieser Terrorbekämpfung in der Region beteiligen?

Das ist die richtige Schlussfolgerung aus der aktuellen Lage: Auch Deutschland steht in der Pflicht. Im Moment gibt es von Bundesaußenminister Heiko Maas und anderen eine Trotzreaktion nach dem Motto: keine Anerkennung, keine Verhandlungen, kein Geld. Das ist menschlich zwar verständlich, ist aber keine Strategie für eine geopolitisch wichtige Region.



NTV Screenshot

Was schlagen Sie stattdessen vor?

Über kurz oder lang wird man die Herrschaft der Taliban akzeptieren müssen. Vor allem, wenn man auf die neuen Machthaber in Kabul einwirken will, den Terrorismus zu bekämpfen. Das geht nur, wenn man mit ihnen redet. Würde sich der Westen aus der Region verabschieden, würde er Russland und China das Feld überlassen.

Welche Interessen haben Moskau und Peking in der Region?

Beide haben ein überragendes Interesse daran, dass die Taliban-Herrschaft

möglichst stabil ist und der Funke des islamistischen Extremismus nicht in ihre Länder überspringt. Konkret bedeutet das, China und Russland werden den Machtanspruch der Taliban akzeptieren und keine Kritik an deren illiberaler Gesellschaftsordnung üben. Außerdem gibt es ökonomische Interessen an den Rohstoffvorkommen in Afghanistan. Peking könnte auch versuchen, das Land am Hindukusch stärker in seine Neue Seidenstraße einzubinden.

Noch einmal zurück zu Deutschland: Wie kann sich Berlin künftig in der Region sinnvoll engagieren?

Es gibt eine Reihe von guten Vorschlägen: zum Beispiel eine neue Flüchtlingswelle zu verhindern, indem man die Menschen in ihrer Region hält – etwa im Iran oder in Pakistan. Deutschland könnte die Führung für eine regionale Flüchtlingsinitiative übernehmen und sich dabei mit den anderen Europäern und den Vereinten Nationen abstimmen.

Das klingt nach einem neuen Flüchtlingsdeal, wie es ihn schon mit der Türkei gibt: Wir geben das Geld, ihr kümmert euch um die Flüchtlinge.

Ja, darauf wird es hinauslaufen. Der CDU-Vorsitzende Armin Laschet hat gesagt, die Zustände von 2015 dürfen sich nicht wiederholen. Dann müssen wir den Iran und Pakistan einbinden. Gegenüber dem neuen Präsidenten in Teheran könnte man damit signalisieren, dass es trotz aller politischer Differenzen ein gemeinsames Interesse an der Versorgung der Flüchtlinge gibt. Sollten sich die Flüchtlinge in Richtung Türkei bewegen, gibt man dem dortigen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan einen neuen Hebel in die Hand.

Können die Europäer das allein stemmen, oder brauchen sie dafür die USA?

Wer die Forderung der EU nach strategischer Autonomie im Ohr hat, wundert sich schon, was gerade in Afghanistan geschieht. Wir hängen weiterhin am Rockzipfel der USA und sollten uns das auch eingestehen. Auch politisch ist Europa nicht in der Lage, eine eigene Strategie für die Region zu entwickeln.

Sind die Taliban von heute noch mit denen von vor 20 Jahren vergleichbar?

Das ist schwer zu sagen. Aber vieles sieht doch sehr ähnlich aus. Erneut geht es ihnen darum, einen islamischen Gottesstaat zu errichten. Das bedeutet den Ausschluss von politischen Parteien, keine Wahlen, keine Frauenrechte. Das kann dem Westen nicht gefallen. Den Beteuerungen von scheinbar gemäßigten Taliban schenke ich keinen Glauben.

Die Fragen stellte Torsten Riecke.



Kupfervorkommen, Kohle-
förderung: In den afghanischen
Bergen werden Bodenschätze im
Milliardenwert vermutet.

imago/ZUMA Press, EPA

Wirtschaftsinteressen am Hindukusch

Der Weg ist frei für China und die Türkei

Afghanistan sitzt auf Rohstoffen, die Billionen wert sind.
Nun, da der Westen abzieht, wittern andere Länder ihre Chance.

Ozan Demircan, Mathias
Brüggmann Istanbul, Berlin

Während westliche Militärs alles unternehmen, um ihre Staatsangehörigen aus Afghanistan zu evakuieren, sehen die Regierungen anderer Länder ihre Zeit gekommen. China, Russland, Pakistan, der Iran und die Türkei hoffen auf lukrative Aufträge und die Möglichkeit, die afghanischen Rohstoffvorkommen auszubeuten.

„Während die USA gezwungen sind, das Land zu verlassen, nachdem sie es zerstört haben, kann Chinas Hilfe zum Hoffnungsstrahl für die kriegsgeschundene Nation werden“, verkündet Chinas staatlicher Auslandssender CGTN.

Afghanistan, ein Land mit einem Bruttoinlandsprodukt von gerade mal 581 Dollar pro Kopf und Jahr, ist prinzipiell reich: Allein auf den 30 Prozent des afghanischen Territoriums, das die US-Geologiebehörde USGS untersuchen konnte, liegen Rohstoffe im Wert von drei Billionen Dollar.

Nachgewiesen sind zwei Milliarden Tonnen Kupfererz sowie mehrere Lagerstätten für Gold und Kohle. Fast die Hälfte des Wertes aller offiziellen afghanischen Exporte kommt aus Goldverkäufen. Darüber hinaus gibt es reiche Vorkommen Seltener Erden. Letztere werden für die Ära der Elektromobilität dringend benötigt. In den unerforschten 70 Prozent der Böden Afghanistans werden zudem 1,6 Milliarden Barrel Rohöl vermutet.

Die USA hätten Blut und Milliarden investiert, um die Taliban zu stürzen, und das Land etwas stabilisiert, „während weniger skrupelbehaftete Länder wie China sich jetzt die Naturressourcen holen“, meint der Experte

„
Während die USA gezwungen sind, das Land zu verlassen, nachdem sie es zerstört haben, kann Chinas Hilfe zum Hoffnungsstrahl für die kriegsgeschundene Nation werden.“

Chinas staatlicher
Auslandssender
CGTN

John Paul Hampstead von Passport Research.

Für China kommt der bevorstehende Sturz der offiziellen afghanischen Regierung zum richtigen Zeitpunkt: Im Dezember hatte das Aufdecken eines chinesischen Spionagerings in Kabul für erheblichen Unmut in der afghanischen Hauptstadt gesorgt.

Die Regierung des inzwischen geflohenen afghanischen Präsidenten Ashraf Ghani wollte daraufhin Peking die Förderlizenz für die Kupfervorkommen in Mes Aynak entziehen. Dieses größte unangetastete Kupfervorkommen der Welt liegt 40 Kilometer südöstlich von Kabul.

Das staatliche chinesische Konsortium MJAM hatte 2007 für 2,8 Milliarden Dollar als einer von Dutzenden Bietern den Zuschlag für einen Fördervertrag über 30 Jahre bekommen. Gefördert wurde aber noch nichts – angeblich wegen Sicherheitsproblemen.

Der Kabuler Bergbauexperte Javed Noorani glaubt hingegen, dass China als zugleich größter Kupferkunde und Kontrolleur des größten Vorkommens Mes Aynak nicht erschleie, um den Kupferpreis zu stabilisieren. Peking habe schließlich beste Gesprächskanäle zu den Taliban.

Neben der größten unangetasteten Kupfermine der Welt hat sich China in Afghanistan auch das größte Ölfeld gesichert. Hinzu kommen Uran sowie Seltene Erden, die in der Provinz Helmand vermutet werden.

Die US-Geologiebehörde vermutet, dass in Afghanistans Böden etwa so viel Lithium lagert wie in Bolivien, dem bisherigen Hauptlieferanten des wichtigen Metalls. Lithium ist unabdingbar für die Produktion von Batterien, etwa für Smartphones oder Elektrofahrzeuge.

Auch aus dem afghanischen Nachbarland Iran sind einige größere Investoren in Afghanistan vertreten – vor allem im schiitischen Osten und Norden des Landes. Iran ist die Vormacht der schiitischen Moslems. In Afghanistan befürchten die Schiiten, von den sunnitischen Taliban wie schon bei deren erster Herrschaft blutig unterdrückt zu werden.

Es sind nicht nur Rohstoffe, für die sich andere Länder interessieren. Nach dem Abzug der Amerikaner dürften die Chinesen nun versuchen, auch Afghanistan an Pekings neue Seidenstraße anzuschließen. Nachbarländer Afghanistans wie der Iran und Pakistan sind bereits Teil dieses Multi-Milliarden-Infrastrukturprogramms. Kabul konnte bisher wegen der westlichen Vorherrschaft im Land nicht beitreten.

Viele wertvolle Rohstoffe

Vorkommen* in Afghanistan
Wert in Mrd. US-Dollar

Eisen	421
Kupfer	274
Niob	81
Kobalt	51
Gold	25
Molybdän	24
Sonstige	33

Gesamt:
909
Mrd. US\$

*Bekanntes und geschätztes Rohstoffvorkommen
HANDELSBLATT Quelle: US Geological Survey